

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Anette Hübinger, Albert Rupprecht (Weiden),
Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Dr. Peter Röhlinger, Dr. Martin Neumann (Lausitz),
Patrick Meinhardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/8788 –**

Forschung und Produktentwicklung für vernachlässigte und armutsassoziierte Erkrankungen stärken

A. Problem

Über eine Milliarde Menschen, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern, leiden an sogenannten vernachlässigten tropischen und armutsassoziierten Krankheiten. Dazu gehören die „Großen Drei“ HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose sowie die afrikanische Schlafkrankheit, lymphatische Filariose, Chagas, Dengue-Fieber und Leishmaniose. Bis auf die „Großen Drei“ werden die Krankheiten immer noch unzureichend erforscht und bekämpft. Folgen chronischer gesundheitlicher Beeinträchtigungen reichen bis hin zu schweren Behinderungen, Arbeitsunfähigkeit und damit zusammenhängenden menschenunwürdigen Lebensverhältnissen für den Einzelnen und zur Verschlechterung sozioökonomischer Verhältnisse in den betroffenen Ländern.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Vorreiterrolle im Bemühen um eine Verbesserung der Gesundheitssituation der Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern weiter auszubauen. Sie soll insbesondere die Forschung und Produktentwicklung für vernachlässigte und armutsassoziierte Erkrankungen stärken.

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8788.

D. Haushaltsausgaben

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/8788 anzunehmen.

Berlin, den 9. Mai 2012

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Anette Hübinger
Berichterstatterin

René Röspel
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Dr. Peter Röhlinger
Berichterstatter

Krista Sager
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, René Röspel, Dr. Petra Sitte, Dr. Peter Röhlinger und Krista Sager

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8788** in seiner 165. Sitzung am 8. März 2012 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** stellen fest, dass über eine Milliarde Menschen insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern an sogenannten vernachlässigten tropischen und armutsassoziierten Krankheiten leiden. Dazu gehörten die „Großen Drei“ HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose sowie die afrikanische Schlafkrankheit, lymphatische Filariose, Chagas, Dengue-Fieber und Leishmaniose. Bis auf die „Großen Drei“ würden diese Krankheiten immer noch unzureichend erforscht und bekämpft. Folgen chronischer gesundheitlicher Beeinträchtigungen reichten bis hin zu schweren Behinderungen, Arbeitsunfähigkeit und damit zusammenhängenden menschenunwürdigen Lebensverhältnissen für den Einzelnen und die Verschlechterung sozioökonomischer Verhältnisse in den betroffenen Ländern.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Vorreiterrolle im Bemühen um eine Verbesserung der Gesundheitssituation der Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern weiter auszubauen. Sie soll insbesondere die Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung sowie die Produktentwicklung für vernachlässigte und armutsassoziierte Erkrankungen stärken, vor Ort die Ausbildung von Wissenschaftlern und medizinischem Personal sowie den Wissenstransfer und die Verbesserung der Forschungsinfrastrukturen fördern. Die Bundesregierung solle ferner Produktentwicklungspartnerschaften (PDP) für die Entwicklung von Präventions-, Diagnose- und Behandlungsprodukten unterstützen.

Schließlich solle sie sich bei den aktuellen Planungen des neuen europäischen Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ dafür einsetzen, dass Forschung und Produktentwicklung für vernachlässigte und armutsassoziierte angemessen berücksichtigt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, der Ausschuss für Gesundheit sowie der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** haben jeweils in ihren Sitzungen am 9. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8788 anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss sowie der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** haben jeweils in ihren Sitzungen am 9. Mai 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/8788 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 73. Sitzung am 9. Mai 2012 beraten und empfiehlt:

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/8788 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Gegenstände der Ausschussberatung waren über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/8788 hinaus der Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/8183 „Millennium-Entwicklungsziele ernst nehmen – Infektionskrankheiten wirksam durch eine nationale und europäische Förderung von Product Development Partnerships bekämpfen“ und der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/7372 „Forschungsförderung zur Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten ausbauen – Zugang zu Medikamenten für arme Regionen ermöglichen“.

Beide Anträge werden auf Wunsch der Fraktionen SPD und DIE LINKE. am 28. Juni 2012 nicht abschließend im Plenum beraten, sondern sollen zu einem späteren Zeitpunkt mit einer gesonderten Beschlussempfehlung dem Plenum zur Beratung vorgelegt werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hebt anerkennend hervor, dass das wichtige Thema der armutsbedingten Krankheiten in Entwicklungs- und Schwellenländern auch in Deutschland immer mehr in den Fokus gerückt sei und somit neue Perspektiven für die betroffenen Menschen aufgezeigt werden könnten. Vor diesem Hintergrund würde auch das Förderkonzept der Bundesregierung in der Fach-Community sehr positiv aufgenommen.

In diesem Zusammenhang wolle man dem Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Helge Braun, besonderen Dank für die Unterstützung der Bemühungen der Fraktion der CDU/CSU aussprechen. So hätten etwa die Produktentwicklungspartnerschaften neu eingeführt werden können.

Es könne zwar von Seiten der Opposition bezweifelt werden, ob die insgesamt 22 Mio. Euro für die PDP-Förderung ausreichen, aber die Community habe zum Ausdruck ge-

bracht, dass diese Summe zunächst durchaus genüge. Es gehe um ein für Deutschland neues Instrument, und man müsse auch die Bereitstellung der Mittel immer im Verhältnis zu den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sehen, die ebenfalls ihrer Verantwortung nachkommen sollten. Dessen ungeachtet wolle man unterstreichen, dass in der sich globalisierenden Welt mehr getan werden müsste.

Daher sollten die Grundlagenforschung, aber auch die Produktentwicklungspartnerschaften gestärkt werden. Es werde aber empfohlen, erst eine Evaluierung abzuwarten.

Die Fraktion der CDU/CSU werbe dafür, die drei großen „Killer“, HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria in die Förderung einzubeziehen. Gerade in den Entwicklungs- und Schwellenländern könnten Forschungsergebnisse und vorhandene Medikamente teilweise aufgrund mangelhafter Infrastrukturen wie fehlender Kühlmöglichkeiten nicht genutzt werden. Daher sei zu prüfen, ob modifizierte Produkte für diese Regionen entwickelt werden sollten.

Zudem werde ein Capacity Building unter Einbeziehung der Forscherinnen und Forscher in den Entwicklungs- und Schwellenländern gefordert, damit gemeinsam Lösungsansätze gefunden werden und Gesundheitsstrukturen entstehen könnten.

Hinsichtlich des Antrags der Fraktion DIE LINKE. wird erklärt, dass die geforderte Zwangslizensierung mit dem politischen Grundverständnis der Fraktion der CDU/CSU nicht vereinbar sei. Man sehe zwar viele gemeinsame Ansätze in den vorliegenden Anträgen, eine Aufstockung der Mittel für die PDP auf 100 Mio. Euro sei aktuell aber nicht realistisch.

Die **Fraktion der SPD** stellt eingangs anerkennend fest, dass es in den letzten Jahren viele Gemeinsamkeiten bei den Aktivitäten der Fraktionen im Hinblick auf das heute debattierte Thema gegeben habe. Man sei aber dennoch der Auffassung, das Thema werde seitens der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen noch zu zaghaft angegangen. Die veranschlagten 20 oder 22 Mio. Euro für vier oder fünf Jahre seien nicht ausreichend. Die Fraktion der SPD empfehle daher eine kontinuierliche Steigerung der Finanzmittel auf 100 Mio. Euro für vier Jahre.

Darüber hinaus werde gefordert, dass die Bundesregierung ihre Aufgaben im Zusammenhang des europäischen Rahmenprogramms „Horizont 2020“ erfülle und dass das Thema dort auch entsprechend berücksichtigt werde.

Es sei an die Fraktion der SPD herangetragen worden, dass Deutschland zu wenig internationale Verantwortung in Gremien der WHO (World Health Organisation) übernehme. Die deutsche Beteiligung solle erkennbar stärker werden.

Ein wichtiges Thema sei die Nachwuchsförderung. Viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seien sehr motiviert und interessiert, auf dem Feld der arbeitsbedingten und vernachlässigten Krankheiten zu arbeiten, aber sie bräuchten auch eine Anschlussperspektive. Um diese zu eröffnen, seien entsprechende Initiativen erforderlich.

Zu dem zur Mitberatung vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/8493 wird erklärt, er enthalte viele tragfähige Ansätze, aber da die Fraktion der SPD einen eigenen Antrag vorgelegt habe, werde man sich der Stimme enthalten.

Zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP wird erklärt, dass er sinnvolle Aspekte enthalte, aber insgesamt nicht „ausgegoren“ sei, sodass man ihm nicht zustimmen könne. Die Forderung, das Modell „Produktentwicklungspartnerschaften (PDP)“, zu fördern, sei nicht sonderlich originell; denn dies geschehe bereits. Ferner werde ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Grundlagenforschung und produktorientierter Forschung angemahnt. Dies sei prinzipiell bereits schwierig; aber wenn die Koalitionsfraktionen gleichzeitig forderten, dass im Vordergrund die bedarfsorientierte, kostengünstige und zeitnahe Entwicklung von Methoden und Medikamenten stehen sollten, dann passten beide Forderungen nicht zueinander. Die Koalitionsfraktionen müssten sich entscheiden: Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Grundlagenforschung und Produktforschung oder aber doch eine Schwerpunktsetzung auf die Produktforschung.

Darüber hinaus werde gefordert, dass die nationale Förderung der Grundlagenforschung fortzusetzen sei. Dies werfe die Frage auf, ob denn deren Ende drohe.

Die Fraktion der SPD erklärt, sie werde dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. nicht zustimmen. Man erachte es als unangemessen, wenn der Industrie pauschal in einer Art „Klassenkampf“ vorgeworfen werde, sie investiere aufgrund fehlender Gewinnerwartungen nicht in Medikamente für vernachlässigte Krankheiten.

Man lehne auch die Forderung als unrealistisch ab, dass die in Deutschland forschenden Arzneimittelhersteller, die die geistigen Eigentumsrechte an den Wirkstoffen inne hätten, verpflichtet werden sollten, ihre Patente in einen Patentpool abzugeben. Die Fraktion der SPD halte es aber für sinnvoll, die nichtkommerzielle klinische Forschung deutlicher zu stärken; diesbezüglich habe die damalige Große Koalition bereits einen gemeinsamen Antrag vorgelegt. Aber die geforderten 500 Millionen könnten nicht als realisierbar angesehen werden. Die Forderung der Fraktion DIE LINKE., die in Deutschland ansässigen Forscher und Pharmahersteller zu verpflichten, Produkte für Gesundheitsbedürfnisse in Entwicklungsländern herzustellen, erscheine nicht einmal im Ansatz realisierbar.

Abschließend stellt die Fraktion der SPD viele Gemeinsamkeiten der Fraktionen auf dem Weg zur Stärkung der Forschung für arbeitsassoziierte Krankheiten fest. Man erkenne auch das große Engagement des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Helge Braun an.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird darauf hingewiesen, dass der Antragstitel „Forschung und Produktentwicklung für vernachlässigte und arbeitsassoziierte Erkrankungen stärken.“ die Gefahr berge, sich nur auf Forschung und Produkte zu konzentrieren. Man müsse vielmehr die Gesamtzusammenhänge erkennen, insbesondere bei dem Aspekt „Armut“ das Klima, das Wasser und die hygienischen Bedingungen einbeziehen.

Man nehme zur Kenntnis, dass der Deutsche Bundestag in diesem speziellen Fall die wirtschaftlichen Interessen von Pharmaunternehmen nicht verfolge. Zudem wisse man, dass sich die Pharmaunternehmen aus diesem Bereich zurückzögen. Vor diesem Hintergrund plädiere man für mehr Engagement und Förderung. Die Fraktion der FDP gehe davon

aus, dass Deutschland im internationalen Vergleich weiterhin eine Vorreiterrolle spielen werde.

Der Bedeutung von Präventionsmaßnahmen sowie der Förderung von Hygiene und Insektenschutz, insbesondere aber auch der Aufklärung und der gesundheitlichen Infrastruktur sei man sich bewusst. Die Fraktion der FDP gehe auch davon aus, dass das zur Verfügung gestellte Geld nicht reichen werde. Man werte aber die Bemühungen als einen Prozess und sei mit der gegenwärtigen Situation durchaus zufrieden.

In Bezug auf die Fragestellung „Grundlagenforschung und produktbezogene Forschung“ sei man der Meinung, dass auf ein ausgewogenes Verhältnis hingewirkt werden solle. Als Beispiel könne man die vielen Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft in Afrika nennen, die aufgrund von Investitionen auch Grundlagenforschung betrieben.

Es werde gewarnt, „keine Luftschlösser zu bauen“, vielmehr sollte der eingeleitete Prozess mit dem gebotenen Augenmaß konsequent auch unter Berücksichtigung der in Deutschland und im Ausland bereits gemachten Erfahrungen fortgesetzt werden.

Von Seiten der **Fraktion DIE LINKE** wird eine Analyse der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ zum Thema „Vernachlässigte und armutsbedingte Krankheiten“ angesprochen, die ergeben habe, dass Deutschland trotz seiner Potentiale und seines Know-hows diesbezüglich eher ein „Forschungszweig“ sei. Es werde dennoch anerkannt, dass die Bundesregierung in den letzten Jahren durchaus aktiv, z. B. in Form von Veranstaltungen und Initiativen – etwa zur Förderung von Produktentwicklungspartnerschaften mit Nichtregierungsorganisationen und der Industrie –, gewesen sei. Entscheidend sei jedoch, dass die dort angestrebten Ergebnisse auch tatsächlich den betroffenen Ländern zugute kämen. Bedauerlicherweise würden Pharmakonzerne das Marktpotential von Entwicklungsländern als zu gering einschätzen mit der Folge, dass ihr Engagement dann ausbliebe, falls es ausschließlich kommerziell bedingt sei.

Deutschland bleibe im Verhältnis der Forschungsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinter dem Engagement anderer Länder, etwa den Niederlanden, den USA oder Großbritannien zurück. Die Fraktion DIE LINKE gehe aber davon aus, dass die Bundesregierung bei der Förderung der Entwicklungszusammenarbeit auf einen Anteil von 0,7 Prozent des BIP kommen wolle. Mit ihrem Antrag wolle sie den dafür notwendigen Mittelaufwuchs unterstützen.

Hinsichtlich des Themas „Umgang mit Patenten und anderen Wissensgütern“ wird darauf hingewiesen, dass man gerade in der letzten Woche auf der „re:publica“ über Open Innovation gesprochen habe, unter anderem wie man mit Global Innovation Commons umgehen könne. Die Frage sei, wie man mit Patenten, die entweder abgelaufen seien oder nur einen eingeschränkten Geltungsbereich hätten, umgehe. Auch darauf habe die Fraktion DIE LINKE mit dem Antrag aufmerksam machen wollen. Zudem unterstütze sie internationale Patentpools sowie die Nutzung offener Lizenzen. Dies sollte auch eine verbindliche Voraussetzung für öffentliche Förderungen sein.

Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) werde als kontraproduktiv in Bezug auf die Unterstützung der ärmeren und ärmsten Länder dieser Welt erachtet. Ärmere Länder sollten zudem bei der Generika-Produktion stärker

unterstützt werden als bisher. Der Antrag setze ebenso wie der Antrag der Koalitionsfraktionen an dieser Problemstellung an. Zu wünschen sei aber, dass sich die Fraktionen im Sinne dieses wichtigen Themas noch stärker zusammenschließen. Vor diesem Hintergrund werde sich die Fraktion DIE LINKE bei dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sieht einen Konsens der Fraktionen dahingehend, dass bei den vernachlässigten und armutsassoziierten Krankheiten zwei Problemfelder gleichzeitig ins Auge gefasst werden müssten: Die Krankheiten träten nicht in den Ländern mit großen Forschungskapazitäten auf, und die Frage sei, wie könne die Versorgung sichergestellt werden, wenn die Ergebnisse der Forschung, Medikamente und Prävention nicht automatisch gerade in den Ländern zur Verfügung stünden, in denen die Menschen von diesen Krankheiten besonders betroffen seien.

Ein wichtiges Instrument, dieser Problematik zu begegnen, seien die Produktionsentwicklungspartnerschaften. In diesem Zusammenhang wolle man von der Bundesregierung wissen, wie die Evaluation der Produktentwicklungspartnerschaften gestaltet werden solle und wer sie durchführen werde. Ferner werde gefragt, wann die Bundesregierung bestätigen könne, dass eine zweite Förderrunde der Produktentwicklungspartnerschaften unter Einbeziehung von HIV-AIDS und Tuberkulose gestartet werde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, sie sei wie die Fraktion der SPD der Auffassung, dass die Finanzausstattung des Förderprogramms für vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten von 2013 bis 2016 erhöht werden sollte.

Es werde auch der Fraktion der SPD darin zugestimmt, dass die Fraktion DIE LINKE mit einem Teil ihres Forderungskatalogs über das Ziel hinausschieße. Solche Forderungen könne man nur stellen, wenn man nie selber in die Situation komme, diese auch umsetzen zu müssen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt die Bundesregierung, ob das Thema „vernachlässigte Krankheiten“ auch in dem neuen europäischen Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ berücksichtigt werde. Auch sei in einer Rede am 8. März ausgeführt worden, dass das Deutsche Zentrum für Infektionskrankheiten in diesem Kontext eine Rolle übernehmen könne.

Ein sehr wichtiges Thema sei die Versorgungsforschung in den betroffenen Ländern. Die Frage laute, ob sich die Bundesregierung bereits mit diesem Thema beschäftigt habe und ob man staatliche Forschungsförderung mit einer gerechten Lizenzpolitik verbinden könne.

Abschließend erklärt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, es sei wichtig, dass man über dieses Thema in einen Dialog mit den großen Forschungseinrichtungen der Gesundheitsforschung wie der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und der Deutschen Forschungsgemeinschaft eintrete. Man wolle von der Bundesregierung wissen, ob sie in diese Richtung bereits Schritte unternommen habe.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird erklärt, dass man intensive Gespräche mit „Ärzten ohne Grenzen“ darüber geführt habe, ob bisher genug im Sinne des heutigen Themas

getan worden sei. Über das PDP-Programm hinaus investiere die Bundesregierung über 80 Mio. Euro in diesen Forschungs- und Entwicklungsbereich.

Es werde darauf hingewiesen, dass die meisten Produktlinien und Wirkstoffe der PDP aus der Grundlagenforschung amerikanischer Arbeitsgruppen resultierten; an zweiter Stelle stünde die deutsche Forschung. Daran erkenne man, dass Deutschland noch nicht lange das Instrument PDP entdeckt habe und der Beitrag der deutschen Wissenschaft dementsprechend nicht so groß sei.

Bezogen auf die Förderung vernachlässigter Erkrankungen in Afrika sei die Tuberkuloseforschung des Max-Planck-Partnerinstituts in Durban das „Flaggschiff“ der Bundesregierung. In den dortigen Townships spiele sich derzeit eine der größten humanitären Katastrophen ab. Über 60 Prozent der Menschen seien an HIV oder Tuberkulose erkrankt, und die Infektionen träten zu 70 Prozent sogar koinzident auf.

Eine Evaluation der PDP-Förderung könne durchaus hilfreich sein, auch wenn sie bei einem dreijährigen Förderzeitraum relativ kompliziert sei. Es könne lediglich geprüft werden, ob Förderrichtlinien eingehalten worden seien. Es werde aber dennoch davon ausgegangen, dass sich die Bundesregierung für die Fortsetzung und ggf. auch eine Ausweitung dieses Instrumentes entscheiden werde. Mit dem PDP könne der „Gap“ zur Wirtschaftlichkeit überwunden werden. In Bezug auf die Frage nach einer gerechten Lizenzpolitik sei nach Einschätzung der Bundesregierung die Konstruktion der PDP mithin das derzeit beste Instrument. Man müsse sich aber fragen, ob eine Unterstützung der PDP im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Forschungslandschaft auch perspektivisch das zentrale Ziel bleiben solle oder ob nicht an anderer Stelle mit gleichem Mitteleinsatz mehr geleistet werden könnte.

Deshalb werde auch ein Gesundheitsforschungsnetzwerk im südlichen, östlichen und westlichen Afrika aufgebaut, um die Forschung nach Afrika zu bringen. Mit anderen Forschungsorganisationen sei man im Gespräch, ob dem guten Beispiel des Max-Planck-Partnerinstitutes noch weitere folgen könnten.

Das alte Prinzip, Proben in Afrika nehmen und in Europa zu forschen, scheitere immer öfter auch am Selbstbewusstsein der betroffenen Länder. Deshalb sei ein offenes Zugehen auf diese sowie ein Aufbau von Forschungskapazitäten in Afrika notwendig. Die bereits durchgeführten Gespräche hätten allerdings gezeigt, dass es lange dauern werde, bis sich konkrete Erfolge einstellen. Ein positives Beispiel sei die Klinik in Lambaréné, mit der das Deutsche Zentrum für Infektionsforschung eine klinische Partnerschaft eingehen wolle. Dadurch könne erreicht werden, dass klinische Studien in Afrika nach deutschen sachlichen und ethischen Standards durchgeführt würden.

Hinsichtlich der von der Fraktion DIE LINKE. geforderten 500 Mio. Euro für die nichtkommerzielle klinische Forschung seien sich alle einig, dass das schwer zu realisieren sei, hier liege aber auch das Problem. Die Grenzkosten für die Entwicklung von Wirkstoffen stiegen deshalb so enorm an, weil eine nach ethischen Standards durchgeführte, drei Studien umfassende klinische Phase sehr teuer sei. Wenn somit das kommerzielle Verfahren nicht wirtschaftlich sei, dann bräuchte man eine nichtkommerzielle Phase der drei Studien; dies sei das „Nadelöhr“ für neue Medikamente. Das gegenwärtig dafür unter dem Dach des Forschungsrahmenprogramms zur Verfügung stehende Instrument sei das europäisch-afrikanische Entwicklungsprogramm „The European and Developing Countries Clinical Trials Partnership (EDCTP)“. Eine wichtige Voraussetzung für dieses Programm sei aber, dass innerhalb Europas deutlich mehr Geld mobilisiert werde. Darum sei die Größenordnung von 500 Millionen bis zu einer Milliarde Euro, die von europäischer Seite zur Verfügung gestellt werden sollte, durchaus realistisch.

Die Äußerungen zur WHO nehme die Bundesregierung zur Kenntnis. Es liege diesbezüglich die gleichbleibende Rückmeldung vor, dass die Leitungs- und Operationsebenen der WHO stark von den Entwicklungsländern getrieben würden. Auch wenn sich die Bundesregierung deshalb dort zurückgehalten habe, sei der Eindruck eines Desinteresses falsch. Das Interesse der Bundesregierung, sich in diesem Rahmen zu beteiligen, sei grundsätzlich sehr groß.

Berlin, den 9. Mai 2012

Anette Hübinger
Berichterstatterin

René Röspe
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Dr. Peter Röhliger
Berichterstatter

Krista Sager
Berichterstatterin

